



DURICH ZILMANN

Air-Berlin-Pleite

„Die Lufthansa haftet“

Ein Fachanwalt sieht gute Chancen, den Notkredit bei der Fluglinie einzutreiben.

Stefan Hertwig, 61, Experte für Beihilfe- und Vergaberecht bei der Anwaltskanzlei CBH in Köln, über die Rückzahlung des Staatskredits für die Fluglinie

SPIEGEL: Herr Hertwig, weil die Lufthansa auf den Erwerb der Air-Berlin-Tochter Niki verzichtet, fließt auch nicht der volle Kaufpreis von rund 200 Millionen Euro. Nur so aber hätte der Bundeskredit über 150 Millionen Euro komplett getilgt werden können. Ist ein Teil des Geldes futsch?

Hertwig: Keineswegs. Nach den Richtlinien für derartige rückzahlbare Darlehen, die von Brüssel zu genehmigen sind, haften die Erwerber. Also zum Beispiel die Lufthansa.

SPIEGEL: Die entrichtet doch bereits für Ableger wie LGW, die sie übernehmen darf, einen Kaufpreis. Außerdem hat sie Niki in den vergangenen Wochen mit über 50 Millionen Euro unterstützt. Soll sie nun ein drittes Mal zahlen?

Hertwig: Das schreiben die EU-Bestimmungen so vor. Der Kaufpreis muss marktüblich sein, das heißt, er muss auf jeden Fall den Wert abdecken, der mit dem Darlehen des Bundes geschaffen wurde. Tatsächlich wurde damit ja verhindert, dass die Start- und Landezeitfenster von Air Berlin wertlos wurden und überhaupt weiterverkauft werden konnten. Die Lufthansa muss als Nutznießer nun anteilig die auf sie entfallenen Folgekosten tragen.

SPIEGEL: Was passiert, wenn der Konzern sich weigert und am Ende nicht genug Geld zusammenkommt?

Hertwig: Dann wird aus dem genehmigten rückzahlbaren Darlehen ein verlorener Zuschuss, der von Brüssel als rechtswidrige Beihilfe eingestuft würde. Der Bund müsste auf Druck der Kommission das Geld von den Käufern eintreiben. Macht er das nicht, können Wettbewerber der Lufthansa die Regierung per Klage dazu zwingen. did

Verlage

Bauer wird barmherzig

Der Bauer-Verlag („Bravo“, „Neue Post“) – bisher nicht gerade für allzu große Arbeitnehmerfürsorge bekannt – überrascht seine Mitarbeiter der Zeitschriftensparte kurz

vor Weihnachten mit einer unerwarteten Wohltat. Ab 2018 erhöht sich deren Urlaubsanspruch von 25 auf 30 Tage im Jahr, zudem sollen der 24. und der 31. Dezember freie Tage sein. Fast alle Beschäftigten sollen profitieren. Offenbar steckt hinter der Charmeoffensive Kalkül: In-

tern heißt es, man müsse für neue Mitarbeiter attraktiver werden, die angesichts der teils miesen Arbeitsbedingungen vor Bauer zurückschrecken. In der Vergangenheit wurde der Verlag immer wieder für bescheidene Bezahlung bei vergleichsweise hoher Arbeitslast kritisiert. Eine Spre-

cherin sagt, Bauer seien zufriedene Mitarbeiter wichtig. Dazu gehöre auch genügend Freiraum für Erholung. Das im Familienbesitz befindliche Unternehmen zählt zu den größten Medienkonzernen der Republik, der letzte gemeldete Umsatz 2015 betrug 2,3 Milliarden Euro. mum